

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7 Jannowitz 8900, Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 246 B

BERLIN • Mittwoch, den 19. Oktober 1932

I. JAHRGANG

Überall Rechtsbrüche im Namen des Rechts!

Politische Sonderjustiz in Albanien im Interesse des italienischen Imperialismus.

Von Hilde Meisel.

Im Diana-Kino der albanischen Hauptstadt Tirana war kürzlich ein Sondergericht versammelt, das sich aus drei Offizieren und zwei Zivilisten zusammensetzte. Es handelte sich darum, über 49 Personen ein Urteil zu fällen, die wegen Verschwörung gegen Regierung und Staat angeklagt waren. Das Urteil fiel scharf aus: sieben Personen wurden zum Tode verurteilt, vierzehn zu lebenslanglichem Zuchthaus, dreizehn zu Gefängnisstrafen von je fünfzehn Jahren, einer zu drei Jahren Gefängnis; vierzehn Personen wurden freigesprochen.

Eine Berufungsinstanz gibt es für das Sondergericht nicht, dessen Richter noch vor kurzem kaum wußten, wie ein Gerichtsgebäude von innen aussieht! Es besteht nur die Möglichkeit, daß König Zogu die zum Tode Verurteilten begnadigt.

Um wen handelt es sich in diesem Prozeß? Sind die Verurteilten gemeine Verbrecher oder antifaschistische Arbeiter?

Unter ihnen sind reiche Grundbesitzer, einer war Richter, ein anderer Vorsitzender der zoologischen Abteilung im Wirtschaftsministerium, ein anderer wird zu den besten persönlichen Freunden des Königs gerechnet.

Verschwörungen gegen den König sind in Albanien seit einiger Zeit häufig aufgedeckt worden. 200 Verhaftungen sind aus diesem Grunde schon vorgenommen worden.

Um die albanischen Nationalisten von Verschwörungen abzuschrecken, ist das erwähnte Urteil gefällt worden; eine Durchführung wird für die Machthaber Albanien schwieriger sein. In Albanien herrscht noch die Blutrache. Fast alle Verurteilten gehören einflussreichen politischen Kreisen an, ihre Freunde werden wahrscheinlich nicht zögern, Rache zu nehmen, wenn die sieben Todesurteile vollzogen werden würden.

Wenn sie vollzogen werden, wird es also höchstwahrscheinlich zu Unruhen im Lande kommen. Und wenn es zu Unruhen kommt, ist Italien ermächtigt, gemäß dem italienisch-albanischen Vertrag von 1926, mit seinen Truppen einzugreifen. Wenn aber italienische Truppen sich erst auf dem Balkan betätigen, dann wird der Boden an der jugoslawisch-albanischen Grenze heiß; wie ein Funke, der auf dem Balkan entsteht, einen Erdteil entzünden kann, wissen wir von 1914 her!

Darum ist der Prozeß von Tirana auch außerhalb Albanien von Bedeutung.

Der italienische Faschismus und Albanien.

Die der Verschwörung Angeklagten sind Gegner der italienischen Herrschaft; fast alle haben 1920 gegen die Italiener gekämpft. Daher macht das Urteil den Eindruck eines italienischen Diktats. Daß es nichts anderes ist, ist umso wahrscheinlicher, als die italienische Regierung die eigentliche Staatsgewalt in Albanien ausübt.

Die Verträge, die 1926 und 1927 zwischen Italien und Albanien abgeschlossen worden sind, haben Albanien zu einer Art Kolonie gemacht.

Soweit dieser Zustand nicht durch die Verträge selber legalisiert worden ist, wurde er es durch die Praxis.

Vor Zustandekommen dieser Verträge hielt Jugoslawien den Platz, den Italien jetzt einnimmt, wenn auch nicht in so entschiedener Weise, wie Mussolini es tut. Damals war es Ahmed Zogu gelungen, mit Unterstützung Jugoslawiens und einer ganzen Anzahl derer, die unter den jetzt Verurteilten sind, sich

Politische Justiz gegen Arbeiter-Verteidiger.

Rechtsanwalt Litten hat gegen seinen zweiten Ausschluss von der Verteidigung im Felsencke-Prozeß wieder beim Kammergericht Beschwerde eingelegt, über die noch nicht entschieden ist. Zu der Montagsverhandlung wurde er nicht einmal als Zuhörer zugelassen. Begründung: er komme als Zeuge in Betracht. Mit welchen Mitteln der Kampf um die Kaltstellung Littens geführt wird, fällt Rechtsanwalt Cohn-Bendix mit, der jetzt einen früher von Litten verteidigten Angeklagten verteidigt.

Cohn-Bendix sagte, daß Litten zur Last gelegt wird, mit einem der angeklagten Nazis, dem früheren Kommunisten Schwarz, eine Unterredung gehabt zu haben, über die Schwarz folgende abenteuerliche Behauptungen aufgestellt hat: Litten habe dem Schwarz zugeredet, er solle den Nazi Groven als denjenigen bezeichnen, der den Kommunisten Klemke erschossen habe; dafür werde Litten dafür sorgen, daß Schwarz nach Rußland entfliehen könne. Litten hat glücklicherweise die Unterredung mit Schwarz in Gegenwart eines Zeugen geführt, des Rechtsanwalts Cohn-Bendix. Dieser teilte mit, daß Schwarz gesagt habe, er könne wichtige Aussagen machen, fürchte sich aber vor seinen Genossen. Nichts von einer Beeinflussung durch Litten.

Cohn-Bendix beantragte die Wiederzulassung Littens. Das Gericht lehnte ab. Cohn-Bendix lehnte darauf sämtliche drei Richter wegen Befangenheit ab. Ein gutes Argument hat ihm dazu die Kammer des aufgefliegenen

AUS DEM INHALT:

„Rechts“-Professoren als Büttel.

Die Linie des Zentrums.

Günstiges von der Streikfront.

IGB gegen Zollwettrüsten.

Polizei-Spitzel in der KPF.

Das Volk der Denker.

ersten Felsencke-Prozesses geliefert: Damals begründete das Gericht seinen Rücktritt selber damit, daß, nachdem es Litten ausgeschlossen hatte, die Angeklagten die Richter für befangen halten könnten! Eine Entscheidung über die Ablehnung des Gerichts ist noch nicht erfolgt.

Es handelt sich hier um die

Ausarbeitung einer Methode zur Kaltstellung

eines Anwalts, der proletarische Angeklagte im wahren Sinne des Wortes verteidigt. Vor allem die rechtlich denkende Anwaltschaft sollte gegen diesen grundsätzlich bedeutungsvollen Angriff auf dem Plan sein.

Mieterstreik als Mittel gegen Ausplünderung.

Hu. Sche. Berlin, 18. Oktober.

Wir sind im „Funke“ schon einmal auf die elenden, aller Beschreibung spottenden Zustände, die im Hause Cöpenicker Straße 34/35 herrschen, eingegangen. Der von etwa 60 Familien solidarisch geführte Mieterstreik, von dem wir berichteten, dauert jetzt etwa 9 Wochen, dieselben Inschriften: „Wir wollen nicht verhungern!“ „6 Klosetts für 150 Personen!“ Reparaturen sind seither nicht unternommen worden; die Miete ist nicht herabgesetzt. Dafür droht der Zwangsverwalter jetzt mit der Exmission von etwa 35 Familien, falls sie bis zum 29. Oktober keine Miete gezahlt haben.

Wie die Proleten den Kampf aufnehmen, soll durch die Worte einer der Frauen dieses Hauses geschildert werden. „Am Freitag gingen wir alle nach dem Wohlfahrtsamt Mitte, um da unsere Forderungen vorzubringen. Wir waren viele Frauen und Männer und Kinder. Erst gingen wir zu Panzer. Panzer sagte natürlich gleich, er sei nicht zuständig, und schickte uns zu Frau Kraft. Sie sagte, sie sei zwar auch nicht zuständig, würde uns aber gern helfen. Wir sollten am nächsten Tag wiederkommen.“

Am nächsten Tag ging die Sache von vorn los, wir wurden von einem Zimmer zum andern geschickt. Überall sollten wir warten, und wir hatten doch die Kinder bei uns; das Jüngste ist 17 Monate alt. Als wir immer wieder abgewiesen wurden, gingen wir zuletzt noch einmal nach Zimmer 315 zum Dezernenten und legten dem unsere Forderungen vor. Sie wurden nicht bewilligt.

durch einen Putsch zum Herrscher Albanien zu machen. Zum „König aller Albanier“ hat er sich erst im Jahre 1928 gemacht.

Albanien brauchte viel Geld, und Jugoslawien hatte nicht viel zu bieten.

Mit wenigen Millionen sicherte sich der Herrscher Italiens im Jahre 1926 durch den Vertrag von Tirana den Stützpunkt auf dem Balkan und richtete es so ein, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil des Geldes in Form von Panzerkreuzern und Kanonen, die in Italien gebaut worden waren, nach Albanien geschickt wurden.

Aber Italien verschaffte sich durch den Vertrag von Tirana nicht nur einen guten Kunden für seine

Da ließen wir unsere Kinder da und gingen unter Hungergründen nach unten.

Wir können unsere Kinder von den paar Groschen einfach nicht mehr ernähren. Die meisten sind unterernährt und halb verhungert; drei von ihnen sind tuberkulös. Sollen die da oben sehen, was sie mit den Kindern machen!

Auf der Straße diskutierten wir dann noch mit andern. Wir waren alle sehr erregt. Dann kam das Ueberfall-Auto. Acht Polizisten gingen rauf und kamen nach einer Weile jeder mit einem Kind auf dem Arm wieder. Sie gaben den Kindern ihr Frühstücksbrot und brachten sie ins Waisenhaus. Wir holen sie nicht eher wieder ab, bis wir sie wieder ernähren können.

Meinem Mann haben sie jetzt wieder von seinen 21 Mark, die er für 14 Tage und 3 Personen kriegt, 7 Mark für Miete abgezogen.

Der Beamte hat sich geweigert, auch nur eine Quittung dafür auszustellen, dazu sei er weder berechtigt noch verpflichtet.

Wir sind jetzt aber nicht mehr die Einzigen, die streiken. In der Manteuffelstraße 4, 5, 13, 23 und 123 wird gestreikt, und viele andere wollen auch in den Streik treten.“

Wenn die gesamte organisierte Arbeiterschaft endlich von einer solchen Aktion lernen und mit dieser Solidarität und Entschlossenheit gegen ihre Ausbeuter kämpfen würde, das Gesicht der Gesellschaft würde in kurzer Zeit anders aussehen.

Rüstungsindustrie. In dem Vertrag heißt es, daß Italien und Albanien sich darüber einig seien, daß jede Bedrohung des status quo — nicht nur in territorialer Hinsicht, sondern auch in bezug auf die politische und rechtliche Lage des Landes — ihren beiderseitigen Interessen widerspreche. Dieser Artikel ermächtigt die italienische Regierung, die Regierung Albanien auch gegen jeden innerpolitischen Angriff zu schützen.

Als die europäischen Großmächte sich über diese Eroberung Albanien durch Italien noch nicht beruhigt hatten, schloß Mussolini schon den zweiten Vertrag mit Albanien ab. Der Schutz, der Albanien durch diese Verträge gewährt werden sollte, ging nun schon so weit, daß italienische Offiziere das Kommando der albanischen Truppen übernahmen, daß das öffentliche

Schulwesen unter italienische Aufsicht gestellt wurde und daß italienische Unternehmungen fruchtbares Land in Vllona geschenkt bekamen.

Auch das albanische Budget kommt gewiß nicht ohne italienische Mitwirkung zustande.

Von insgesamt 28 Millionen Goldfranken entfallen auf Rüstungen nicht weniger als 15 Millionen.

Von dem, was übrig bleibt, wird noch ein großer Teil für das Polizei- und Spitzelwesen, für Unterdrückung und Korruption ausgegeben. Für den Kampf gegen die Malaria und für landwirtschaftliche Meliorationen bleibt auf diese Art nichts übrig. Da aber 15 Millionen nicht ausreichen für die Rüstungen, die Albanien anscheinend nötig hat,

spendet Italien jährlich weitere 10 Millionen Franken für diesen Zweck.

Fast die gesamten 25 Millionen werden selbstverständlich dazu benutzt, die italienische Rüstungsindustrie anzukurbeln. Darüber hinaus sorgen die Italiener auch für den Bau von Heerstraßen quer durch Albanien, die nach der jugoslawischen Grenze führen. Dieser Tatsache kommt, angesichts der gespannten Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien, eine besondere Bedeutung zu. Denn Albanien ist nicht so von Feinden bedroht, daß es sein Augenmerk in erster Linie darauf richten müßte, das Land in eine Festung zu verwandeln. Wenn es heute eine solche Festung ist, wenn heute die albanische Jugend nach italienischem Muster erzogen wird, d. h. nach dem Grundsatz: „Liebt das Gewehr...“, so müssen wir in Albanien ein weiteres Glied jener mörderischen Kette erblicken, die zum neuen Weltkrieg führt.

übergekommen, den toten Punkt zu überwinden. Ich bedaure auf das Tiefste, daß Deutschland zwar seine Bereitwilligkeit zu einer solchen Konferenz gezeigt, aber sich geweigert hat, nach Genf zu gehen.

Ruhe in Genf.

Am Montag schloß in Genf die 13. ordentliche Vollversammlung des Völkerbundes. Der von den Ausschüssen vorgelegte Beschluß über die Regelung der politischen Leitung des Völkerbundes wurde in der Schlußsitzung angenommen, ebenso der Haushalt des Völkerbundes für das Jahr 1932/33.

In einer kurzen geheimen Sitzung wählte der Völkerbundsrat den Franzosen Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes.

Nun ist zur Zeit nur noch die Abrüstungskonferenz in Genf, die dort ihre Voll- und Ausschusssitzungen — vertagt.

Regierungskrise in Rumänien.

Schon als die rumänische Regierung sich weigerte, das Genfer Finanzprotokoll zu unterzeichnen, wurde allgemein angenommen, daß Ministerpräsident Vajda demnächst zurücktreten würde; denn es war nicht zu erwarten, daß es ihm gelingen würde, ohne Mithilfe des Völkerbundes die Sanierung der rumänischen Staatsfinanzen vorzunehmen.

Vajda ist nun zurückgetreten. Er hatte dem König erklärt, nicht mit Titulescu in der Regierung zusammenarbeiten zu können, und der König hat daraufhin Vajda den Abschied gegeben. Dieser ist mit der einstweiligen Fortführung der Regierungsgeschäfte betraut worden.

Es ist noch keineswegs sicher, daß Titulescu der Nachfolger Vajdas sein wird. Der Vorstand der national-zarantistischen Partei fürchtet, daß eine derartige Lösung zur Spaltung der Partei führen würde; es wird daher damit gerechnet, daß Maniu Ministerpräsident wird. Allerdings fürchtet Maniu, daß Titulescu ihn ebenso davonjagen würde, wie er Vajda zum Rücktritt gezwungen hat. Eine Kompromißlösung, die für die Führung der national-zarantistischen Partei am annehmbarsten wäre, geht dahin, daß Titulescu wieder nach London zurückgeht und in Bukarest alles beim Alten bleibt.

Ratifiziert Polen den N'ch'angriffspakt?

In Moskau wird befürchtet, daß der polnisch-russische Nichtangriffspakt, wegen des Nichtzustandekommens des russisch-rumänischen Paktes, in Polen nicht ratifiziert werden wird.

Gandhi krank.

Gandhi ist, wie der „Daily Herald“ erfährt, von einem Schlag getroffen worden.

Seine Erkrankung sei der Grund, warum die indische Regierung ihm plötzlich und unvermittelt alle Besuche untersagt und ihn wieder von der Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten habe.

Man habe außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um zu vermeiden, daß Nachrichten über Gandhis Zustand die indische Bevölkerung erreichten.

In Abessinien ist eine Revolution ausgebrochen, die von den Regierungstruppen niedergeschlagen worden ist.

Politische Attentate auf Kuba.

Auf Kuba wurde ein Attentat auf Meza, den Schwager des Gouverneurs von Havanna, verübt. Meza ist an mehreren Schußwunden gestorben. — Er ist das nächste Todesopfer der politischen Attentate, die seit kurzer Zeit in Kuba verübt wurden.

Streit um den Konferenzort. Prestigefragen und Verschleppungsmanöver

An dem Streit über den Ort der Zusammenkunft scheint der englische Versuch, durch eine Vierer-Konferenz die Mitarbeit Deutschlands für die Abrüstungskonferenz wiederzugewinnen, zum mindesten für die nächsten Wochen gescheitert zu sein.

Es ist lehrreich festzustellen, daß die inhaltlich bedeutsamen Forderungen aufgegeben worden sind: Frankreich hat auf die Zuziehung der kleineren Staaten verzichtet. Deutschland hat die Einladung nach London angenommen, ohne die vorherige Anerkennung der Gleichberechtigungsforderung zu verlangen. Es bleibt allein der formale Gegensatz, daß man sich nicht über den richtigen Abstand vom Völkerbundpalast einigen kann! Warum die Hartnäckigkeit auf beiden Seiten?

Die Regierung Papen-Schleicher steht gegenwärtig beim Ausbruch des neuen Wahlkampfes, innenpolitisch unsicherer da als je. Der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung ist wohl der einzige Punkt ihrer Politik, in dem sie größere Scharen des Volks — die Nationalisten aller Lager — hinter sich hat. Um so wichtiger für sie, sich auf diesem Gebiet nicht offensichtlich zu blamieren und den innenpolitischen Gegnern keinen Anhaltspunkt zum Angriff zu geben. Eine Blamage der „nationalen“ Außenpolitik wäre bei den außenpolitischen Erfahrungen dieses Kabinetts und bei der Schwäche des offiziellen deutschen Standpunktes ein nicht unwahrscheinlicher Ausgang einer neuen internationalen Konferenz gewesen. Vor allem aber: Das Argument, das die Annahme einer Einladung nach Genf die Rückkehr zur Abrüstungskonferenz bedeuten würde, wäre trotz seiner sachlichen Haltlosigkeit bei der nationalistischen Verblendung des deutschen Volkes eine wirksame Wahlparole für die nationalistischen Gegner der Papen-Regierung geworden. Die Regierung ist dieser — die Verhältnisse verdrehenden — Agitation zuvorgekommen, indem sie sich selber ihrer angenommen und sie gegen ihre außenpolitischen Verhandlungspartner gewandt hat.

Herriot hat vielleicht die Weigerung der deutschen Regierung vorausgesehen und gerade darum auf Genf als dem Ort der Verhandlung bestanden. Sein vorsichtiges Lavieren gegenüber der englischen Vermittlungsaktion — der Boykott einer Vierer-Konferenz in London und die Regierung einer Zusammenkunft in Genf — schließt sich lückenlos seiner bisherigen Politik in der Wehrfrage an: Solange diese Diskussion in diesem Sommer geführt wird, hat er sich zögernd zurückgehalten, wo es galt, die Initiative zu ergreifen. Die Gründe, die wir für dieses Zaudern genannt haben, bestehen nach wie vor: Die innenpolitische Lage des

Kabinetts Herriot, das weder links noch rechts sichere Stützen hat, und der anschwellende deutsche Nationalismus beschränken Herriot in der Bewegungsfreiheit, die er braucht, um bei dem Gegensatz zwischen Theorie und Praxis der französischen Wehrpolitik sicher zu manövrieren.

Dazu kommt auch für Herriot gerade im gegenwärtigen Augenblick eine entscheidende Prestigefrage: Allen Anschein nach drängen die Engländer dahin, die Einigung durch ein theoretisches Zugeständnis an die deutsche Gleichberechtigungsforderung zu erreichen. So gering die praktische Bedeutung einer solchen Versicherung auch wäre, da auch von englischer Seite weder eine deutsche Aufrüstung geduldet, noch die Abrüstung der andern auf das Maß des Versailler Vertrags gefordert wird, so bleibt für Herriot die schwierige Frage, ob er den Nationalisten seines Landes dieses Zugeständnis zumuten kann. Es ist einfacher für ihn, es darüber nicht erst zur Diskussion kommen zu lassen.

Wir teilen als Sozialisten keines dieser Interessen, die dem Intrigenspiel auf beiden Seiten zu Grunde liegen. Wir sind aber daran interessiert, daß die Kriegsgefahr, die hinter solchen Spiegelfechtereien steht, nicht weiter geschürt wird. Wir können ihr zum Teil dadurch begegnen, daß wir dazu beitragen, den nationalistischen Schürern dieser Gefahr die Maske von angeblicher Friedensliebe und Verständigungsbebereitschaft abzubrechen, hinter der sie jeden Ansatz zur Verständigung boykottieren. Wir können mehr tun durch den Aufbau einer internationalen Friedensarbeit durch eine wahre Arbeiter-Internationale.

MacDonald zum Stand der Wehrdiskussion.

Ministerpräsident MacDonald hielt am Montag auf einem von der nationalen Arbeiterpartei veranstalteten Frühstück eine Rede, in der er u. a. sagte:

Die englische Nationalregierung kann sich Europa und die Welt nicht ohne den Völkerbund vorstellen. Wir stehen für den Völkerbund, und wir stehen für das Völkerbundsstatut (Belfall). ... Ich bin nicht sicher, ob wir die Rolle des Friedensmachers nicht vielleicht etwas zu lange gespielt haben. Aber ich möchte lieber dafür getadelt werden, als eine Lage zu übernehmen, durch die eine Einigung unmöglich würde. Das Schlüsselwort unserer Politik ist nicht Wiederaufrüstung, sondern Abrüstung. ...

Deutschland weiß sehr gut, daß England — auf dieser rein moralischen Grundlage — sich nicht dem deutschen Wunsch widersetzt, als gleichberechtigt auf der Abrüstungskonferenz betrachtet zu werden. ... Wenn Deutschland abwesend ist, so heißt das, daß Deutschlands Stellung mißverstanden werden könnte. Frankreich ist mit England

einzig und allein die „Barrikade“ als dichterisches Rohmaterial zuzulassen. Und jene Literaturvermesser fühlen sich nur wohl, wenn sie tagtäglich mindestens einmal die Weltrevolution ausposaunen. Ihren Helden hängt die Parole aus den Mündern wie Spruchbänder auf alten Heiligenbildern (uns hängt sie dagegen mehr zum Halse heraus).

Revolutionäre Kunst z. B. sind die dramatischen Dichtungen Frank Wedekinds. Ohne Waffenstillstand, mit einem geradezu unheimlichen Fanatismus, kämpfte dieser große Moralist gegen die stickige verlogene Sexualmoral seiner (unserer) Zeit. Ein einziges Drama, „Frühlings Erwachen“ etwa, wiegt ganze Waschkörbe jener rotgeschminkten Parteiliteratur auf.

Oder sind jene Jünger des Proletkults überhaupt imstande, Verse eines Lenau zu würdigen? In die Lesebücher ist er zwar eingesargt als der melancholische Verfasser von „Schilfliedern“. Wer aber kennt seine kämpferische Ballade „Die Albigenser“ (deren Schönheit selbst durch einen gewissen Optimismus nicht gemindert wird)?

Die Schlußverse mögen selber für den Dichter zeugen: Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen, noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen mit Purpurmänteln oder dunkeln Kutten; den Albigensern folgen die Hussiten und zahlen blutig heim, was jene litten; nach Huß und Ziska kommen Luther, Hutten, die dreißig Jahre, die Cevennenstreiter, die Stürmer der Bastille — und so weiter —

Noch fragwürdiger ist der Begriff „proletarische Kunst“. Handelt es sich hierbei um Kunst von Proletariern oder um Kunst für Proletarier? Ist ein Gedicht etwa wertvoller, wenn es von einer schwierigen Arbeiterfaust geschrieben ist? Oder ist etwa ein Drama künstlerischer, wenn es im proletarischen Milieu spielt oder die Internationale intoniert?

Wir wollen nicht das Schicksal der Proletarier vergrößern. Ihr Los ist eine Sklavenbürde, die der Menschen Ungerechtigkeit ihnen aufgezwingen hat. Sie sollen ihr Los erkennen und ihre Bürde abschütteln. Das bedeutet Kampf — Klassenkampf.

Das ist auch gültig im Bezirk der Kunst. Unwürdig ist es, sich wie der arme Lazarus mit den Brosamen vom Tisch des reichen Herrn füttern zu lassen. Nein, nein, werft die Tafel der Prasser um, und deckt den Tisch aufs neue mit reinen edlen Früchten.

Tendenzwerke, Haß- und Streitgesänge, ja auch die sind notwendig. Vorboten, die uns zum Kampf anspornen, bis wir das Reich erkämpft, in dem nicht nur Recht und Freiheit herrschen, sondern auch Kultur. I p p.

Das Volk der Denker.

Von Erich Mühsam.

Du armes Volk! Von aller Welt betrogen, besiegt im Kampf, im Sehnen selbst besiegt, sinnst du, das Hirn mit Wissen vollgeseigt, der Frage nach, woran dein Unglück liegt. Und schon gelingt dir trefflich zu erklären, warum bei so beschaffener Produktion des einen Teil der Schwelb ist und die Schwären, des andern Teil Theater, Sport und Spon Materialistisch weißt du zu begründen der Wirtschaftsform Naturnotwendigkeit und widerlegst den Wahn von Schuld und Sünden als Narrenglauben der Vergangenheit. Wie scheint der Mahner dir naiv und komisch, der an die Seele pocht: Wach auf! Hab Kraft! Du rechnest, wann historisch-ökonomisch die Stunde reift auf Grund der Wissenschaft. Du lachst des Spruchs, Tat wachse nur aus Wollen, der manchmal noch in wirren Köpfen spukt. Du siehst am Faden die Entwicklung rollen, erkennst dich selbst als deiner Zeit Produkt. Du lernst längst nach Phasen zu begreifen den Aufstieg der Geschichte und Kultur, und lehnet es ab, in Träumerei zu schweifen: Kleinbürger-Utopien hemmen nur. Du kennst die Welt, durchdenkst sie dialektisch; empirisch ist dein Tun, dein Sinn real! Sind deine Kinder skrofulös und hektisch — du weißt Bescheid: so wirkt das Kapital. Und stehst sie hungrig vor des Reichens Türen, der dich — Rebell! — vertrieb aus der Fabrik. Du senkst den Kopf in Bücher und Brochüren zum Studium der sozialen Republik. Und liest: die Erde gäbe allen reichlich, gehörte sie nur allen; — und du liest: der schänden Gegenwart folgt unausweichlich die Zukunft, die ein freies Volk genießt. Die Zukunft kommt! Von selbst und ungerufen! Im stolzen Trost schweigt deine Phantasie. Nur eine Serie von Entwicklungsstufen steht noch bevor. — So lehrt's die Theorie. Du liest und lernst. Den Rücken krumm gebogen, durchwühlst du Heft um Heft und Band um Band. O armes Volk! Von aller Welt betrogen, betrügst du selbst dich um dein Sehnsuchtsland.

Revolutionäre Kunst.

Im Rahmen der „Gilde freier Bücherfreunde“ sprach Erich Mühsam über dieses Thema. Kritik und Selbstkritik eines Dichters und Kampfgenossen.

Was ist revolutionäre Kunst?

Im Grunde — meint Mühsam — ist diese Formulierung schief, dieser Begriff schon überbestimmt. Denn echte, wahre Kunst bedeute schon zu allen Zeiten gestaltete Auseinandersetzung mit den Menschen und Mächten der Gesellschaft. Auseinandersetzung, die oft zur Empörung und Umwälzung führte.

Nach dieser Auffassung wäre echte Kunst nur möglich im Bereich der sozialen Anklage, mindestens der Gesellschaftskritik. Sollte es demnach auch im Rechtsstaate, in einer sozialistischen Ordnung keine reine, sondern nur zweckbestimmte Kunst geben? Diese Konsequenz wird sicherlich auch Mühsam ablehnen. Aber selbst wenn wir uns auf die heutige Klassengesellschaft beschränken: Sind etwa die edelgeformten Gedichte eines Rainer Maria Rilke keine Kunstwerke, selbst wenn sie sozialen Stoffen fast abgewandt sind und auch da nicht aktiv in die Händel dieser Welt eingreifen, wo der Dichter im Gegensatz zur Weltanschauung seiner Zeit steht?

Eine andere Frage ist die, wie wir uns zu diesen Kunstwerken stellen. Einen Dichter, der nur abstrakten ästhetischen Idealen genügt, finden wir Sozialisten unsittlich. Deshalb gilt auch unsere leidenschaftliche Verehrung jenen unsterblichen Rebellen der Literatur, deren Kette von Aristophanes bis Frank Wedekind immer aufs neue geknüpft wird. Sie haben den Kampf aufgenommen, der durch die politischen und kulturellen Verhältnisse geboten war.

Das kulturelle Antlitz eines Volkes ist abhängig und maßgeblich bestimmt von der herrschenden Gesellschaftsschicht. Das schmeckt nach einem Lehrsatz aus der Bibel von Karl Marx. Doch nur scheinbar. Denn über das Wesen der bestimmenden Kräfte dieser Gesellschaftsschicht ist damit nichts ausgesagt. Es ist offen gelassen, ob es ökonomische Kräfte sind. Und sogar dann ist die Ökonomie noch lange kein selbsttätiges Räderwerk, das menschlichen Einflüssen entzogen ist. — In Frankreich z. B. fetten die Ideen eines Voltaire, eines Rousseau, eines Diderot wie Wirbelstürme der großen Revolution voraus. In Deutschland fand die Apokalypse des Weltkrieges einen schwachen verworrenen Nachhall in dem O-Bruder-Mensch-Gestammel expressionistischer Literaten.

Revolutionäre Kunst ist nicht beengt in der Stoffwahl. Gewiß, kurzzeitige und engstirnige Parteibeamtete belieben

Polizeispitzel in der französischen KP.

G. K. Eine revolutionäre Partei, die jeden ohne Probezeit und ohne Bewährung seines Charakters als Mitglied aufnimmt, zieht natürlich die Polizeispitzel zu sich heran. Denn in einer solchen Partei fällt es ihnen leicht, Material zu sammeln, für das sie von der Polizeiprefektur bezahlt werden.

Am Ausgang des vorigen Jahrhunderts waren es vor allen Dingen die Anarchisten, auf die die Polizeispitzel es abgesehen hatten. In mancher Beziehung ist es lehrreich, in den „Erinnerungen eines Polizeiprefekten“ von Louis Andrieux nachzulesen, wie die Polizei in Paris eine anarchistische Zeitschrift herausgegeben und einen internationalen Anarchistenkongreß einberufen hat.

Die Kommunisten haben offenbar sehr wenig oder gar nichts aus diesen Erfahrungen gelernt. Jedenfalls kommt es in ihren Reihen immer wieder vor, daß Menschen, die verantwortliche Stellen in der Partei innehaben, sich nach geraumer Zeit als Polizeispitzel entpuppen.

Anfang dieses Monats war es Celor, von dem festgestellt wurde, daß er im Dienste der Polizei stand. Celor hatte schon 1925 anlässlich des Marokkokrieges der Polizei die Namen sämtlicher Mitglieder der kommunistischen Gruppe in Casablanca (Marokko) mitgeteilt, die alle verhaftet und zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt wurden.

Nach dieser Tat ging er nach Frankreich, wo er wenige Wochen später wieder in die kommunistische Partei aufgenommen wurde, obwohl seine Rolle bei dem Auffliegen der KP in Casablanca aufgedeckt worden war. Nach und nach wurde er zum Parteidiktator in der Pariser Region. Während alle anderen Führer nacheinander verhaftet wurden und im Gefängnis saßen, ging Celor immer frei aus. Bei einer Gelegenheit weigerte er sich im letzten Augenblick, den Vorsitz in einer nicht-erlaubten Versammlung zu führen, deren Teilnehmer sämtlich verhaftet wurden. Die von den Kommunisten gegründete „Bank der Arbeiter und Bauern“ wurde dank seiner Tätigkeit von der Polizei zu Grunde gerichtet. Erst jetzt versteht man diese Zusammenhänge, wo man bisher nur dunkel das Werk eines Spitzels vermutete.

Die Rechte fordert:

Keine Kontingentsverhandlungen! Fort mit Luther!

Rpt. Hugenberg bezeichnete auf einer Wahlrede in Lübeck am Montagabend die Formen der Einführung des Kontingentsystems als „nicht sehr glücklich“.

„So etwas macht man auf einen Schlag, ohne jemand zu fragen.“

Er verlangt also, daß die Kontingente ohne jede Verhandlungen mit den betroffenen Staaten eingeführt werden. Er wirft der Regierung vor, sie habe übersehen, daß man neue Methoden nicht durch Mitarbeiter in die Praxis einführen kann, die jahrelang diese neuen Methoden bekämpft haben. Auf personellem Gebiet ist ein revolutionärer Geist erforderlich. Was damit vor allem gemeint ist, wird aus folgendem Satz seiner Rede klar: „Die jetzige Reichsbank, die noch dazu mit ihren finanziellen Einflüssen weit über ihr eigentliches Geschäft hinausgreift, lastet mit ihrer Politik wie ein schwerer Alp auf der ganzen deutschen Wirtschaft und verhindert immer von neuem die Maßnahmen, die uns und die ganze Welt zur Gesundung führen können, und die mit Inflation oder dergleichen nicht das Mindeste zu tun haben.“

Die Grüne Front telegraphiert dem Reichskanzler die „dringende Bitte“, die Kontingentsverhandlungen unverzüglich einzustellen. Die deutsche Landwirtschaft erwartet die endliche Einlösung der wiederholten Zusagen der Reichsregierung.

Denn seitdem die Polizeiprefektur beschlossen hat, Celor nicht mehr in der KP arbeiten zu lassen, macht er selber keinen Hehl mehr aus seinen unsauberen Geschäften.

Derartige Ereignisse zeigen, wohin eine Partei kommt, die keine strenge Auswahl der Mitgliedschaft trifft und die Moral für „höheres Blech“ ansieht. Sie lassen uns darüber hinaus eine Frage aufwerfen, die für die Beurteilung der kommunistischen Partei sehr wichtig ist: Ist es möglich, daß jemand, der schon 1925 als Spitzel erkannt worden war, danach sieben Jahre lang in der Partei sein Unwesen treibt, ohne daß er an führenden Stellen Komplizen hat, die dort heute noch sitzen?

Der „Kronprinz“, sein „Freund Schleicher“, und die nationalpolitische „Rheinische Zeitung“.

Die „Rheinische Zeitung“ in Köln veröffentlichte am 15. Oktober einzelne Stellen aus einem Briefe des ehemaligen Kronprinzen an Groener. Der Brief wurde am 14. April anlässlich des Groenerschen SA-Verbots geschrieben, also zu einer Zeit, als Groener noch Reichswehrminister war:

„Sie wissen, daß Sie seit dem November 1918 von den nationalen Kreisen häufig sehr scharf angegriffen worden sind, und daß ein großes Mißtrauen gegen Ihre Person gerade in diesen Kreisen bestanden hat. Ich persönlich habe . . . in vielen Fällen für Sie gerade in diesen Kreisen eine Lanze gebrochen, ebenso wie für

meinen Freund Schleicher.

Gerade deswegen ist es mir besonders schmerzlich, daß Sie den Erlaß, der zur Auflösung der SA und SS geführt hat, mit Ihrem Namen gedeckt haben. Es ist mir auch unverständlich, wie gerade Sie als Reichswehrminister das wunderbare Menschenmaterial, das in der SA und SS vereinigt ist und dort eine wertvolle Erziehung (!) genießt, zerschlagen helfen . . .

Stadtratswahlen.

In Selb (Oberfranken) war am Sonntag Stadtratswahl. 78 Prozent Wahlbeteiligung. Ergebnis (Vergleichszahlen vom 31. Juli):

Kommunisten	1926	(2009)
Sozialdemokraten	1242	(1633)
Bayerische Volkspartei	295	(243)
Bürgerpartei	620	
Nationalsozialisten	2474	(3192)

Eine Vergleichung ist schlecht möglich, da bei dieser Wahl anscheinend die Wahlbeteiligung erheblich geringer war als im Juli, vielleicht auch Wähler fehlen, die im Juli auf Stimmschein wählten.

Wo es von jeher mein Bestreben gewesen ist, persönlich ein Vertrauensverhältnis zwischen Reichswehrministerium und den nationalen Verbänden — speziell auch der NSDAP — herzustellen,

werden Eure Exzellenz verstehen, wie schmerzvoll . . . u. s. w., u. s. w.

Groener ließ sofort durch das WTB ein Dementi verbreiten: er habe diesen Brief nie erhalten. Dazu bemerkt die „Rheinische Zeitung“, es sei wohl nicht gut möglich, daß der Brief auf dem kurzen Wege von Potsdam nach Berlin „verloren“ gegangen sei, außerdem sei es sehr wahrscheinlich, daß auch noch andere Personen um das Schreiben wußten; durch ein Dementi sei aber der Brief nicht aus der Welt zu schaffen.

Die Beziehungen zwischen dem Hohenzollernprinzen und dem Reichswehrministerium sind anscheinend noch weit enger, als aus den zitierten Stellen hervorgeht; denn die „Rheinische Zeitung“ bemerkt ausdrücklich, daß sie die nach ihrer Auffassung „entscheidenden Stellen“ aus „nationalpolitischen“ Gründen nicht veröffentlichen könne.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert offen Luthers Kopf mit der Behauptung, es sei „eigentlich eine leichtere Aufgabe, einen Reichsbankpräsidenten zu beseitigen als die herrschende Arbeitslosigkeit“. Das ist übrigens grundsätzlich völlig richtig!

Auch der „Tag“ fordert den Rücktritt Luthers, der mit seiner „einseitigen“ Stellungnahme zur Kontingentierungspolitik der gesamten liberalen Presse vom „Vorwärts“ bis zur „DAZ“ das Stichwort zu einem neuen Vorstoß gegen die Politik der Einfuhrkontingente gegeben habe.

Wir benutzen diese Gelegenheit gern, um dem Deutschen Landwirtschaftsrat die Richtigkeit der folgenden Feststellung ausdrücklich zu bestätigen, die er in einer Denkschrift getroffen hat und die zur Begründung der Kontingentierungspolitik dienen sollte, die aber in Wirklichkeit dazu dient, sie verständlich zu machen: „Die Einfuhr von Eseln ist unbedeutend,

der Bedarf an Eseln kann in Deutschland aus eigener Produktion gedeckt werden.“

Neues von der Tomaten-Kommission.

Die Reichsregierung läßt verlauten, die Verhandlungen in Italien hätten sich in einer außerordentlich aufrichtigen Atmosphäre und in freundschaftlichem Tone abgespielt. Aus dieser Häufung von Beiworten kann auch der Nicht-

eingeweihte seine Schlüsse ziehen, zumal die Reichsregierung zugibt, daß die Besprechungen „Meinungsverschiedenheiten nicht leichter Art“ ergeben haben. Die Tomaten-Kommission hat nach dem Rauschmiß in Holland aber doch offenbar Mut gefaßt und begibt sich noch nicht sofort zu ihrem Vater von Braun, sondern riskiert sogar die Fahrt zum „Erbfeind“, nach Paris.

Der deutsch-italienische Devisenkrieg ist bereinigt. Die Zahlungen können von beiden Seiten am 17. Oktober wieder in der Form aufgenommen werden, in der sie bis zum 30. September erfolgten. Die deutsche Regierung hat also restlos nachgegeben.

„Die anwesenden Wirtschaftsführer sehen mit größtem Vertrauen auf Ew. Exzellenz und geben der Hoffnung Ausdruck, daß unter der Führung Ew. Exzellenz die deutsche Wirtschaft . . . bald einer besseren Zukunft entgegengeführt wird.“ Die in diesem Telegramm angedeutete Exzellenz ist Hindenburg; die fraglichen Wirtschaftsführer waren die in Paderborn versammelten, vor denen Papen sprach. Wir müssen schon sagen, daß wir es von den „Wirtschaftsführern“, die auf ihrem Gebiet soviel vermurkst haben, nicht fair finden, wenn sie jetzt von Hindenburg die Führung aus der Krise erwarten.

Die Nazi-Regierung in Mecklenburg-Schwerin hat Herrn Göring gestattet, in dem staatlichen Wildpark Friedrichsmoor einen kapitalen Hirsch hinterrücks zu ermorden. Dazu langt vielleicht die Fähigkeit dieses Herrn.

BRUNO GLUCHOWSKI
BOHLEN-KULIS
 REVOLTE AN DER RUHR (6)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 19

Eine Viertelstunde arbeiten sie in diesem mörderischen Tempo. Es gilt ein Menschenleben, da schweigen alle sonstigen Bedenken und Rücksichten.

„Ab-18-sung!“
Jetzt kehren die ersten vier zur Arbeit zurück, ruhen die anderen sich aus.

Zwei Stunden vergehen, es wird Schicht.
Die Kumpels der Mittagschicht verlassen ihre Oerter, Streben, Aufbauen und sonstigen Betriebspunkte, marschieren zum Schacht, zur Ausfahrt. Die Aufräumungskolonnen am Bruch muß dableiben, bis die um 10 Uhr einfahrende Nachtschicht kommt. Steiger Raffel schießt mit dem Schießmeister einen schriftlichen Befehl zutage, gibt einem Schlepper den Auftrag, aus dem Ledigenheim Butterbrote und Kaffee für seine Leute zu holen. Er selbst bleibt noch bei ihnen.

Am Kreuzgewölbe drängt sich eine mehrere hundert Mann zählende schwarze Schar müder Grubenproleten, wartet auf den Beginn der Seilfahrt. Vom Schacht her klingt der Lärm der Förderung herüber. Einige Meter vor den Kumpels steht eine Gruppe von Steigern. An ihnen vorbeil will ein junger Bursche zum Schacht gehen.

„He, wo wollen Sie denn schon hin?“ wird er von einem Steiger angerufen.

„Ich soll aus der Menage Kaffee und Brot holen. In Revier II liegt ein großer Bruch, ein ‚Frischer‘ sitzt drunter.“ Er zeigt seinen Schein vor, kann gehen.

Hans Döring, in der vordersten Reihe des wartenden Menschenhaufens stehend, hat diese Worte gehört, läuft ungeachtet des Rufens der Beamten hinter dem Schlepper her.

„Du, wer ist verunglückt im Revier II?“ fragt er, ihn am Arm packend.

Der Schlepper macht sich von seinem Griff los, antwortet:

„Gerling heißt er, so'n Großer, Schwarzer.“

„Und wo liegt der Bruch?“

„Auf Ort 2 im Bremsberg von Flöz 5.“

Döring hat genug gehört. Er wendet sich um, arbeitet sich rücksichtslos durch die Menge der Kumpels, die ihn darob verwundert ansehen, fluchen und schimpfen. „Ist der Kerl verrückt geworden? Wo will der denn mit einem Male hin? Hat sicher was im Bau vergessen.“

Döring läuft, was er nur laufen kann. Himmelherrgott, wenn es nicht schon zu spät ist. Atemlos kommt er am Bremsberg von Revier II an, verschnauft ein paar Sekunden, legt die Hände auf das heftig klopfende Herz.

Ein Steinwagen kommt den Berg hinunter, wird vom Schlepper abgeknebelt, ein leerer Wagen an das Seil gehängt. Hans klettert hinein, fährt mit hinauf. Auf Ort 2 springt er heraus, geht in die Strecke hinein. Lampen sieht er blinken, steht nach kurzer Zeit vor dem Steiger.

„Was wollen Sie, wo kommen Sie her?“ fragt dieser ihn. „Ich bin Döring aus Revier V. Am Schacht hab ich gehört, daß mein Freund hier unterm Bruch liegt, und bin schnell hergelaufen, um zu helfen, wenn es noch möglich ist. Hoffentlich ist es nicht schon zu spät?“

Der Steiger schaut ihn einen Moment verdutzt an. Donnerwetter, ist das ein Kerl, denkt er. Kommt vom Schacht angerast, um seinem Freund zu helfen.

„Na, wenn es so ist, dann ziehen Sie sich mal aus.“

Bis auf Hose und Schuhe zieht Hans alles aus, was er am Leibe hat, begibt sich zu den Kumpels vor dem Bruch. Schnell hat er sie aufgeklärt, daß der, den sie retten wollen, sein Freund ist und daß er ihnen helfen will. Als der alte Andreas dies hört, kommt er zu ihm, hält ihm seine harte, knochige Hand hin, drückt seine beiden Hände. Dann erzählt er ihm mit einigen Worten den Hergang des Unglücks.

„Habt Ihr schon am Rohr geklopft?“ fragt Hans.

„Ja, aber er hat keine Antwort gegeben.“

Hans will nicht glauben, daß sein Freund tot ist, schlägt mit einer Hacke gegen das Rohr, daß es nur so dröhnt.

Keine Antwort.

Wie lange er im Dämmerzustand zwischen Wachen und Träumen verbracht hat, weiß Günther nicht. Der Zeiteinn ist ihm abhanden gekommen.

Wie aus weiter Ferne hört er plötzlich ein Klopfen. Täuschen ihn seine Sinne?

Ist es das Pochen seines Herzens, das er als helles Klingen zu hören vermeint?

Da — — — — — wieder das Klopfen.

In schneller Folge mehrere Schläge — kurze Pause — wieder mehrere Schläge hintereinander — dann vier einzelne Schläge.

Und so immerfort. Aus der Luft scheint dieser Klang zu kommen, dicht über ihm.

Sind das nicht Signale?

Wo Signale ertönen, müssen doch auch Menschen sein, die sie geben.

Eine Welle von Hoffnungsfreudigkeit überflutet ihn, alle Müdigkeit und Abspannung ist wie fortgeblasen. Er springt auf, preßt sein linkes Ohr an das kalte Eisen der Luftleitung, die aus den haltenden Drähten gerissen, über ihm hängt.

Angestrengt horcht er. Alles still, auch das Zischen der Luftleitung verstummt.

Hat er sich wieder getäuscht, ist wiederum alle Hoffnung vergebens?

Aufgeregtes Warten auf die Wiederkehr der Klopfzeichen.

Nichts — — — nichts.

Ein Würgen steigt ihm in die Kehle, er setzt sich an den Stoß.

An nichts mehr denken, auf nichts mehr hoffen. Die Augen schließen und auf das Ende warten. Wer weiß, wie lange es sich noch hinauszögert.

An nichts mehr denken, auf nichts mehr hoffen.

— — — — —

Ting — ting — ting — ting — ting — ting — ting.

— — — — — ting—ting—ting—ting.

Klopfzeichen, durchzuckt es Günther, macht ihn wieder lebendig. Im Emporschnellen stößt er gegen das Luftröhre, umklammert es mit beiden Händen, legt sein Ohr daran. Deutlich hört er noch einmal — ting — ting — ting — ting.

(Fortsetzung folgt.)

Günstige Nachrichten von der Streikfront.

Anschaunungsunterricht für die Severinge!

Vollerfolg.

Wieder Lohnabbau durch einfachen Streikbeschuß verhindert!

Die Belegschaft der Firma Hugo Steinke G.m.b.H., Saitlings-Spezial-Sortieranstalt in Berlin beschloß, die Arbeit niederzulegen, da die Firma die Löhne für die 31.—40. Wochenarbeitsstunde auf Grund der Notverordnung um 50 Prozent kürzen wollte. Die Arbeiter stellten der Betriebsleitung ein Ultimatum und verlangten Rückzug des Lohnanschlages bis zum nächsten Vormittag. Die Firma entsprach nach Verhandlungen mit einem Verbandsvertreter dem Verlangen.

Neue Streiks.

Die Belegschaften der Bremer und Grohner Wandplattenfabrik und der Norddeutschen Steingutfabrik sind wegen eines Schiedsspruchs, der einen Lohnabbau von 3½ Prozent vorsah, in den Streik getreten.

Vorläufig kein Spinnerstreik in Lancashire.

Die für Montag angekündigten Lohnsenkungen für die englischen Spinnereiarbeiter sind vorläufig aufgeschoben worden, da noch Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag im Gange sind.

Geheimsitzung?

Der ADGB und der AfA-Bund hatten am Dienstag vormittag eine öffentliche Kundgebung im Plenarsaal des vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

Auf die Reden, die dort gehalten wurden, werden wir noch eingehen. Die Tagung war im übrigen den äußeren Umständen nach aufgemacht wie eine Geheimverhandlung: Weder konnte man irgend wo eine geeignete Werbung dafür sehen, noch zeigt der Tagungstermin (am Vormittag), daß eine große Kundgebung beabsichtigt war. — Die Regierung war natürlich eingeladen und auch vertreten.

Unterdrückung der Wahrheit in Jugoslawien.

Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ hat auf seiner Reise durch Jugoslawien Unterredungen mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten gehabt, darunter auch mit den kroatischen Führern Matschek und Trumbitsch. Diese sind nun verhaftet worden, weil sie Äußerungen gemacht haben wie die: „Jugoslawien ist heute unheilbar krank und dem Sterben nahe. Sein Tod wird eine Heilung für die Kroaten sein.“ „Die ideale Lösung der kroatischen Frage wäre die, daß Kroatien sich aus der jugoslawischen Union herausreißt und sich Oesterreich angliedert.“

Im Zusammenhang mit den Aufständen im Lika-Gebiet sind über 100 Gefangene, zumeist Bauern, in das politische Gefängnis in Agram eingeliefert worden. Ueber die Lage im Lika-Gebiet dringen keinerlei Nachrichten durch die Zensur hindurch.

Revolte im Zuchthaus.

Im Zuchthaus von Portsmouth (Kanada) brach eine schwere Revolte der 1000 Gefangenen gegen die Wärter aus, bei denen geschossen wurde und mehrere Gebäude in Brand gesteckt wurden. Die Revolte wurde mit Hilfe von Militär unterdrückt.

Bürgersteuer rund um Berlin.

Für Berlin wird die Bürgersteuer in Höhe von 500 Prozent des Landessatzes (30 Mark jährlich) vom Oberpräsidenten verfügt werden.

Die Städte Potsdam, Wittenberge und Perleberg haben die Erhebung der Bürgersteuer in Höhe von 500 Prozent beschlossen.

Die Stadtverordneten in Bernstein haben eine solche Erhöhung der Bürgersteuer als „untragbar und uneinziehbar“ erklärt. Da sie sich über eine anderweitige Regelung nicht einigen konnten, bleibt dem Magistrat die Regelung überlassen.

In Fürstenberg haben die Stadtverordneten die Ratsvorlage einstimmig abgelehnt.

Die Stadtverwaltung in Landsberg a. d. Warthe hat an die Regierung den Antrag gerichtet, 900 Prozent Bürgersteuerzuschlag zum Landessatz erheben zu dürfen. Die Bürgersteuer soll also dort

60 Mark im Jahr

betragen!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin-Südost: Mittwoch, den 19. Oktober, Berliner Clubhaus, Ohmstraße 2. Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Gegen den Rüstungswahnsinn! Redner: Julius Philippson.

Frankfurt: a. M. Mittwoch, 19. Oktober, 20.15 Uhr, Volksbildungsheim. Thema: Neue Wege des proletarischen Kampfes.

Raschau/Erzgeb.: Donnerstag, 20. Oktober, 20 Uhr, in der Sporthalle. Thema: Sollen Arbeiterorganisationen Arbeitsdienstlager einrichten?

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Donnerstag, 20. Oktober, 20 Uhr, im Berliner Clubhaus, Ohmstr. 2. Thema: „Preisabbau und Krise.“ Leitung der Aussprache: Hellmut Rauchenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei!

An dem Streik der Pflichtarbeiter in Wuppertal, von dem wir schon berichteten, sind jetzt schon 600 Arbeiter beteiligt.

In Elmsborn sind die Arbeiter der Wurstfabriken in den Streik getreten gegen die Durchführung eines von ihnen abgelehnten Schiedsspruchs. Nach diesem Schiedsspruch sollten die Löhne im Oktober wieder um 3 Pfennig gekürzt werden, nachdem im September erst ein Lohnabbau um 5 Pfennig pro Stunde vorgenommen worden war. Besondere Härten trafen die Arbeiterinnen, die nur noch 65 Prozent vom Hilfsarbeiterlohn erhalten sollten, statt wie bisher vom Gesellenlohn.

Günstiger Schiedsspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Sonder-schiedsrichter, Ministerialrat Hauschild (Leipzig), hat durch Schiedsspruch den bisherigen Tarif für die Angestellten wieder in Kraft gesetzt und bis zum 31. Dezember 1932 verlängert.

Erfolg der Kriegsbeschädigten. Der Protest hat etwas gewirkt.

Ueber eine scharfe Kriegsbeschädigten-Kundgebung in Dortmund hatten wir vor einigen Wochen berichtet. Damals war u. a. eine Aussprache mit Hindenburg verlangt worden. Hindenburg hat daraufhin am Montag den Vorstand des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge und eine Abordnung des Landesverbandes Westfalen-Lippe im Reichsverband deutscher Kriegssopfer empfangen. Der Reichsarbeitsminister teilte dabei den Kriegsbeschädigten mit, daß für den Rest dieses Haushaltsjahres ein Fonds von fünf Millionen Mark bereitgestellt sei, aus dem „im Benehmen mit“ den Vertretungen der Kriegssopfer die schlimmsten Härten gemildert werden sollten. Die entschiedene Sprache der Kriegsteilnehmer hat also auch ohne den angekündigten Krüppelmarsch nach Berlin

Der Briefträger kommt

in diesen Tagen, um das Bezugsgeld für November zu kassieren. Wenn Sie es bereithalten, ersparen Sie sich und uns unnötige Arbeit.

bereits einen gewissen Eindruck gemacht. Für die „Autorität“ der Regierung ist es aufschlußreich, daß sie erst Kürzungen notverordnet, um zu sparen, nachher aber, sobald ein energischer Protest erfolgt, fünf Millionen unter der Frisur eines besonderen Fonds wieder herausrückt. Die Kriegsbeschädigten sollten

weiterkämpfen,

damit es nicht bei einem Almosen bleibt, sondern die Kürzungen ordnungsmäßig zurückgenommen werden.

Und die Gewerkschaften sollten für ihre vielen Besprechungen im Reichsarbeitsministerium die drohende und wirkungsvolle Sprache der Kriegsbeschädigten von Dortmund erlernen!

Dingeldey hat die nicht sehr bedeutungsvolle Feststellung gemacht, daß die Deutsche Volkspartei sich mit den Deutschnationalen „bewußt auf die Seite der Autorität“ (des Reichspräsidenten), die gestärkt werden müsse, stelle.

Achtung! Gartenbesitzer!

Lassen Sie Ihr Obst zu naturreinem Saft (Süßmost) verarbeiten, dann haben Sie während des ganzen Jahres immer frisches Obst in flüssiger Form.

Aufklärende Prospekte kostenlos durch

Frischkost-Obstverwertung

MAGDEBURG

Otto-von-Guericke-Str. 104

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung

mod. Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke

Elektrotechniker

GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Die neuen

Stoffmusterkollektionen

für Herbst und Winter sind eingetroffen.

Bestellen Sie schon jetzt!

Arbeit nach Maß! / Preis mit Maß!

Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden

Magdeburg, jetzt Johannisbergstraße 10, III.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

15. Oktober: René Clair:

Es lebe die Freiheit

Ein französischer Tonfilm mit Ideen, Geist und Witz, voll Spannung, Tempo, Humor.

Belprogramm: Exotische Wunder-Vogelwelt / Micky-Silly, ein Miternachtsapp / Fox törende Wochenschau.

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr

Schwere Schlagwetter-Explosion.

Ein Toter, vier Schwerverletzte.

b Hückelhoven, 18. Oktober.

In der Nacht zum Dienstag ereignete sich auf der Zeche „Sofia Jakoba“ eine Schlagwetter-Explosion. Ein Bergmann wurde getötet, vier weitere wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Fünf weitere Bergleute trugen Gasvergiftungen davon. Die Rettungsmannschaften waren sofort zur Stelle und bargen die Verunglückten.

Wieder ein Grubenunglück.

Im Saargebiet wurden zwei Bergleute beim Ausbessern einer Betondecke in der Grube verschüttet. Einer konnte mit schweren inneren Verletzungen lebend geborgen werden, während der andere bereits tot war.

Eisenbahnunglück in Innsbruck.

Am Montag entgleiste ein Wagen der Mittenwaldbahn kurz vor der Einfahrt des Zuges in den Innsbrucker Bahnhof. Der Wagen stürzte um und wurde noch eine Strecke weit mitgeschleift.

Zwei Frauen wurden getötet, neun Personen schwer verletzt

ins Krankenhaus eingeliefert. — Es wird angenommen, daß das Unglück infolge falscher Weichenstellung erfolgt ist.

Bei einer Entgleisung der letzten beiden Wagen eines Zuges in der Nähe von Temesvar wurden 18 Personen getötet und sehr viele verletzt. Von den Verletzten sind 12 in Lebensgefahr. Es handelt sich fast nur um Arbeiter.

Karl Mertens verunglückt.

In der Nähe von Paris wurde bei einem Autounfall Karl Mertens getötet, der in Deutschland wegen eines Buches über die schwarze Reichswehr unter Anklage des Landesverrats steht.

Wohin treibt's Einstein?

Die verschiedenen Pressemeldungen zu diesem Thema haben sogar den amtlichen preußischen Pressedienst zu einer Erklärung veranlaßt. Am zuverlässigsten erscheint uns folgende Mitteilung, die das „Berliner Tageblatt“ aus „zuverlässigster Quelle“ erfährt:

Das neugeschaffene Flexner-Institut in Princetown (USA) hat Einstein eingeladen, regelmäßig einige Monate im Jahr dort zu arbeiten. Einstein wird diesem Rufe folgen, ohne jedoch seinen dauernden Wohnsitz in Deutschland und seine Professur an der preußischen Akademie der Wissenschaften aufzugeben.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funkens“

R. L. in E. 25.— M.; A. S. in Z. 2.— M.; P. B. in Z. 2.— M.; E. L. in K. 2.80 M.; Sammlung W. 50.45 M.; L. H. in S. 2.— M.; K. M. in B. 5.— M.; G. F. in K. 10.— M.; H. E. in K. 20.— M.; R. L. in B. 6.60 M.; N. N. 10.— M.; N. N. 10.— M.; N. N. 6.— M.; E. H. in G. 2.— M.; E. S. in G. 10.— M.; M. K. in G. 10.— M.; F. K. in G. 5.— M.; G. F. in G. 2.— M.; H. O. in G. 2.50 M.; L. F. in G. 3.— M.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds weiter fortzusetzen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin, Anzeiger R. Lippmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszowski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preterberechtigung druckt **A. Janiszowski**

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer FI Moritzplatz 647

Von der Kunst, zu philosophieren.

Von Leonard Nelson.

35 Seiten.

Geheftet 0,45 Mark.

Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:

„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorbeigehen.“

„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter.“

Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen „Professorenweisheiten“, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“

„Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto: Berlin 31342.

Der Streit um den Artikel 48.

Die preußische Regierung war immer gegen die Kommunisten.

Am Montag wurde vor dem Staatsgerichtshof zunächst noch über den Artikel 48 gesprochen:

Dr. Brecht: Das Schwergewicht unseres Kampfes richtet sich gegen die Anwendung von Absatz 1 des Artikels 48. Die Reichsregierung hat sieben Vorwürfe gegen die preußische Regierung erhoben, die sie als Pflichtverletzung bezeichnen. In allen diesen Fällen liegen die

Tatsachen anders als die Reichsregierung sie angenommen

hat. Aus diesem moralisch wichtigen Grunde scheiden diese sieben Punkte nach unserer Ansicht aus. Aber selbst, wenn die Tatsachen zuträfen, wären es keine Pflichtverletzungen, sondern andere Anwendungen des Ermessens durch die preußische Regierung.

Auf alle Fälle also scheiden aus die Vorwürfe:

1. Abhängigkeit der preußischen Regierung von der KPD.
2. Die Rede Grzesinskis in Magdeburg.
3. Die Reden Severings und Grzesinskis.
4. Die Aenderung der Geschäftsordnung im Landtag.
5. Die Verzögerung der Neuernennung einer Regierung.
6. Die falsche Anwendung des Ermessens bei Ausstellung von Waffenscheinen.
7. Die Ueberschreitung von Haushaltsplanpunkten.

Wenn man eine Pflichtverletzung doch erblicken würde, dann

hätte ein Ultimatum dem Eingreifen vorangehen müssen.

Ferner hätten die getroffenen Maßnahmen sofort wieder aufgehoben werden müssen, als die Organe zur Pflichterfüllung sich bereit erklärten.

Anderes liegt es bei Artikel 48 Absatz 2. Er konnte angewendet werden, denn örtlich und zeitlich waren die öffentliche Ruhe und Sicherheit zum Teil erheblich gestört. Aber der Zweck der Anwendung des Absatzes 2 dürfte auch nur die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Sicherheit sein.

Gerade die preußischen Minister haben den IV. Strafsenat und den Oberreichsanwalt bei ihrem Kampfe gegen die Kommunisten unterstützt.

Selbst es notwendig, aus Rechtsgründen die Maßnahmen des Reichs für gültig zu erklären, so wären die Folgen unabsehbar:

Wiener Hochschulen geschlossen. Weif die Nazis wahnsinnig sind.

Am Montag wurden sozialdemokratische Studenten der Wiener Universität und der Technischen Hochschule von Nationalsozialisten überfallen und verprügelt,

weil sie der Aufforderung der NS, die drei Pfeile abzuliegen, nicht nachgekommen sind.

Einige Studenten wurden schwer verletzt.

Daraufhin erklärte der Rektor, Professor Dr. Abel, daß die Hochschulen geschlossen und nicht eher wieder geöffnet werden würden, als die Regierung die Zusicherung gegeben hätte, daß es zu Zwischenfällen, wie sie sich am Sonntag zwischen NS und SP in Semmering ereignet haben, nicht wieder kommen könne. Bei diesen Zwischenfällen seien auch Studenten überfallen worden.

Ferner fordert der Rektor von der Regierung die Ermäßigung der unerträglich hohen Studiengebühren.

Die deutsche Studentenschaft in Wien fordert in unverfrorener Weise die Regierung auf, innerhalb von drei Tagen gegen die „marxistischen Organe und ihre Führer“ vorzugehen, da eine längere Schließung der Universität aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht erfolgen solle.

Wer ist schuld an der Wiener Schießerei?

Aus dem Bericht der österreichischen Sozialdemokratischen Partei über die Ereignisse in Wien, bei denen drei NS und ein sozialdemokratischer Polizist erschossen wurden, geht hervor, daß der SA-Trupp von der vorgesehenen Marschroute abgewichen ist, um an dem Arbeiterheim in der Tieferschütz-Gasse vorbeizukommen. Die SA-Leute hätten dann das Heim mit Steinen bombardiert und auch den ersten Schuß abgegeben. Daraufhin sei das Feuer von den Sozialdemokraten erwidert worden. Der Polizist sei von seiten der NS erschossen worden.

Die Polizei scheint die Sozialdemokraten für die Hauptschuldigen zu halten. Von den 80 Verhafteten gehören fast alle der SP an. Vier von ihnen haben zugegeben, geschossen zu haben.

Inzwischen sind alle Kundgebungen und Aufmärsche der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten verboten worden. Es mutet seltsam an. Daß die Heimwehren nicht unter das Verbot fallen, ist wahrscheinlich lediglich der Tatsache zuzuschreiben, daß der neue Sicherheitskommissar selber Heimwehrmajor ist!

Fortgesetzt Unterdrückungsakte gegen Kommunisten. Wieder Herr Melcher.

Der Berliner Polizeipräsident hat die kommunistischen Zeitungen „Volkswacht“ (Stettin) und „Volksecho“ (Kottbus) für seinen Amtsbezirk bis zum 31. Oktober verboten.

In Charlottenburg überfiel die Polizei am Sonnabend ein Lokal, durchsuchte die Anwesenden, fand Material, das angeblich auf deren Zugehörigkeit zum RFB „hinweisen“ soll, stellte bei den Verdächtigen Hausdurchsuchungen an und behauptete, weiteres Material gefunden zu haben, aus dem die Zugehörigkeit zum RFB und die Verfolgung hochverräterischer Pläne hervorgehe.

„Wenn heute die Polizei nicht wäre, so wäre in Deutschland schon lange Ordnung.“ Hitler in Königsberg am Montag.

Der Adelsmarschall der Deutschen Adelsgenossenschaft, Fürst zu Bentheim-Tecklenburg, hat eine Kundgebung erlassen, in der er sich nicht eindeutig auf die Seite der Gruppe Pappe-Schleicher stellt, sondern jedem einzelnen Adligen empfiehlt, seinen Platz in der nationalen Front selber zu wählen.

„Aber das können wir sagen: dann kommen auch wir sicher einmal in die Lage, unter Berufung auf diese Entscheidung Minister abzusetzen, wenn es uns paßt!“

Dr. Gottsheiner: Die Reichsregierung nimmt für sich in Anspruch, daß sie sich bei ihren Maßnahmen vom 20. Juli wie auch sonst immer von dem Willen hat leiten lassen, dem Wohle des Volkes zu dienen, Schaden von ihm abzuwenden und alles im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen zu tun. Die Reichsregierung hat durchaus pflicht-

„Rechts“-Professoren als Büttel des „Herrschaftsgedankens“. Politischer Machthunger ist kein unsachlicher Beweggrund.

Dr. Brecht versichtete darauf, das Klagerecht der ehemaligen preußischen Minister in dieser Angelegenheit zu begründen.

Dr. Gottsheiner erklärt, daß die Zugehörigkeit der Minister zur SPD kein Grund für das Vorgehen der Reichsregierung gemäß Artikel 48 Absatz 1 gewesen sei.

Professor Jacobi zeigte, wie wenig bei Rechtsprofessoren das Recht eine Stütze hat:

„Die Ueberspannung des Rechtsstaatsgedankens kann zur Schädigung des Staates führen. Es ist ein Glück, daß Artikel 48 gegenüber dem Rechtsstaatsgedanken in einer allgemeinen Notlage dem Herrschaftsgedanken zum Durchbruch verhilft. Es wäre auch kein unsachlicher Beweggrund für das Vorgehen der Reichsregierung gewesen, wenn der politische Richtungsgegensatz zwischen der Regierung im Reich und in Preußen zum Anlaß genommen worden wäre. Was hier als gebietliche Vertretung des Landes Preußen auftritt, ist ein geschäftsführendes Ministerium, das schließlich nach verschiedenen Schicksalswendungen ein Mißtrauensvotum vom Landtag erhalten hat und endlich vom Reichspräsidenten seiner Aemter enthoben wurde.“ (Das wagt dieser Herr zu sagen als Vertreter einer Regierung, die ein Mißtrauensvotum erhalten hat wie kaum jemals eine zuvor: die des Herrn von Papen.)

Professor Heller wies mit Recht darauf hin, daß politische Beweggründe selbstverständlich kein Recht liefern könnten zur Einsetzung einer Diktatur.

Professor Schmitt wurde dann völlig offen und fing in Form einer politischen Redaunderhaltung an, die preußischen Minister zu beschimpfen: „Eine der größten und

bewußt ihre Maßnahmen nach Artikel 48, Absatz 1, getroffen. Im Namen der Reichsregierung bitte ich den Staatsgerichtshof, im Sinne der von der Reichsregierung gestellten Anträge zu entscheiden

Der Streit um die Prozessvoraussetzungen, der sich nun entwickelte, zieht sich lange hin. Von der ausführlichen Erörterung dieses Gegenstandes durch den bayerischen Staatsrat von Jan ist besonders wichtig seine Schlussfolgerung:

Es muß nach der Richtung der absoluten Grenze für Absatz 1 und 2 des Artikels 48 festgestellt werden, daß die einzelnen Maßnahmen des Reiches unter keinen Umständen getroffen werden dürften.

Diesen Ausführungen schloß sich der Vertreter Badens, Ministerialrat Fecht, an.

schlimmsten Gefahren für unser bundesstaatliches System ist, daß

Agenten und Bedienstete von Parteien in eine Landesregierung hineingesetzt

werden können. (Zuruf Hellers: „Das ist unerhört.“) Von dieser Seite kommt eine ganz besondere Art von Gefahr der fortwährenden Funktionsstörung, der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und für die Erfüllung von Pflichten gegen das Reich. Wenn der Reichspräsident sich hier einschreiten gezwungen sieht, so ist das unter allen Umständen berechtigt.

Es gibt Parteien, die eine Gefahr für die Selbständigkeit eines Landes bedeuten.

Der Redner kam dann noch auf verschiedene Einwendungen der preußischen Vertreter zu sprechen, die u. a. auch gefordert hatten, daß die Ehre Preußens gewahrt bleibe. Ja, so müsse gefragt werden, wo sei denn die Ehre Preußens besser aufgehoben, bei den Herren Braun und Severing, die am 20. Juli ihrer Aemter enthoben worden seien, oder bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg. Diese Frage werde wohl nicht schwer zu beantworten sein. Preußen habe seine Ehre, Treuhänder und Hüter sei der Reichspräsident.

Rauageworfen wurde dieser Herr nicht von dem Präsidenten, obwohl dieser ihn scharf zurückwies.

Präsident Bumke hat die Verhandlungen dann geschlossen mit der Mitteilung, daß die Verkündung des Urteils wahrscheinlich am Dienstag nächster Woche erfolgen könne.

Wir kommen auf den Prozeß noch zurück.

Die Linie der Zentrums politik.

Dargelegt vom Prälaten Kaas.

Hk. Wir berichteten gestern über den Warnungsruf, den Priester Westdeutschlands, die sich die besondere Aufgabe gesetzt haben, die katholische Industriearbeiterschaft im Sinne der Kirche zu lenken, an Papen gerichtet haben. Die Sorge jener Priester geht dahin, daß die Kommiss.-Methoden der Papenschen Herrschaft schließlich Empörung säen werden. Weit stärker noch tritt uns

„der erfah'ne Kenner, in Menschenseelen, seinem Stoff, geübt“

tritt uns das Wissen um die Bedingungen für eine dauerhafte Beherrschung von Untertanen aus einer Rede entgegen, die Prälat Kaas am Montag in Münster gehalten hat, vor dem Vorstand der westfälischen Zentrumsparlei und der Gesamtvertretung der münsterischen Zentrumsparlei. Hier spricht in der Tat ein Politiker, dem Papen nicht das Wasser reichen kann — was allerdings für Kaas gewiß noch kein hohes Lob bedeutet. Wir geben die Rede in den wichtigsten Teilen wieder.

Die „zeitgemäße und bewährte Lösung des Regierungsproblems“.

Aus der ganzen grundsätzlichen Einstellung heraus behält das Zentrum gern und überzeugt den „autoritären Staat“. Die autoritäre Demokratie ist auch schon unter der Regierung Brüning angestrebt und schrittweise verwirklicht worden. Diese zeitgemäße und trotz größter Schwierigkeiten bewährte Lösung des Regierungsproblems ist von der jetzigen Regierung verlassen worden.

Der „Husaren-Rittmeister“ und die Krise.

Experimentierende und hazardierende Außenpolitik ist destruktive Innen- und Wirtschaftspolitik. Graut der Regierung nicht auch vor den möglicherweise zu erwartenden Explosivwirkungen der Stimmungswende, die ein Mißerfolg der großangelegten Ankurbelungsmaßnahmen in den enttäuschten Massen auslösen könnte?

Die Untergrabung der Autorität.

Was nützt es denn, in solchen Situationen den Staatsgerichtshof zu strapazieren?

Er gerät durch derartige Praktiken in die peinliche Alternative, entweder die Autorität des Reichspräsidenten oder seine eigene Autorität zu beeinträchtigen.

Das Zentrum für die Freiheit?

Gegenüber dem „totalitären“ Staat, dessen Befürworter auf deutschem Boden einem beispiellosen Extremismus zuneigen, der sich — auch auf kulturellem Gebiet (aha!) — als allmächtige Zentralgewalt aufzun müßte (aha!), betonen wir die Rechte der Persönlichkeit, das Naturrecht der Familie, das heilige und ursprüngliche Recht der Kirche, den eigenen Bereich der dem Gesamtwohl sich verantwortlich fühlenden freien Verbände und Gemeinschaften.

Zur Verfassungsreform.

Wir wollen eine starke Regierungsführung und sind bereit, ihr die verfassungsmäßigen Fundamente schaffen zu helfen. Aber Pseudoreformen, die auf dem Schleichpfade der Verfassungsinterpretation die Alleinherrschaft einer „hauchdünnen“ Schicht herbeiführen sollen, werden in uns überzeugte und unachgiebige Gegner finden.

Föderalismus

Ist keine Vokabel, sondern ein Inhalt. Gerade in Richtung auf Deutschlands mitteleuropäische Führermission sieht das Zentrum in der planvollen Verwirklichung des föderalistischen Gedankens in richtiger Legierung mit dem alles beherrschenden Imperativ des Reichseinheitsgedankens die Schaffung magnetischer Kraftfelder, deren Anziehungskräfte den weiteren innereuropäischen Wachstumsprozeß wesentlich beeinflussen und friedlich lenken können.

Dem Plan eines Oberhauses

sagen wir heute den schärfsten Kampf an. Die Verstärkung der Rechte des Reichsrates findet unsere Unterstützung.

Die nächste Aufgabe: die Notgemeinschaft!

Wenn heute drei, vier oder fünf politische Führer der verschiedenen Lager den Mut hätten, ihre ganze Autorität und den ganzen Einsatz ihres Führertums zu wagen, um ihre Gefolgschaft auf die Bildung einer deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft zu verpflichten, dann wäre die Durchbruchschlacht deutscher Selbstgewinnung geschlagen.

Zum Verständnis der Zentrums politik der nächsten Zeit können wir hiernach folgende Gesichtspunkte festhalten:

1. Die Papen-Schleichersche Kommiss.-Methode in der Behandlung der innen- und außenpolitischen Probleme, das, was Radek in einer Analyse der Politik des Kabinetts Papen einmal als das kurzzeitige Draufgängertum eines Husarenritts kennzeichnete, lohnt das Zentrum als den Schwierigkeiten, die die Weltkrise mit sich gebracht hat, durchaus nicht gewachsen, ab.

2. Das Zentrum — ohne an dem Grundsatz der Autorität zu rütteln — erstrebt eine größere Achtsamkeit in der Lenkung der Untertanen; erstrebt eine Bevormundung, die gleichzeitig die Bevormundeten ihren Vormündern gegenüber zutraulich macht. Daher hat z. B. die sozialistische Ausplünderung der Arbeitermassen für das Zentrum eine Grenze. Alles das im Gegensatz zu den Husarenrittsmeistern, denen das Vertrauen auf Bajonette und Kanonen näher liegt.

3. Selbst im Sinne des deutschen Nationalismus erweist sich das Zentrum in mancher Hinsicht als weiterschauend als die betonten Nationalisten: das Zentrum erkennt z. B. klar, daß das katholische Oesterreich für ein deutsches Mitteleuropa nur bei Gewährung föderalistischer Freiheiten zu gewinnen sein wird, die ihm hinreichenden Schutz gegen eine Beherrschung durch das protestantische Preußen gewähren.

4. Der Grundsatz: Teils und herrsche! Es ist für eine katholische Politik immer unerlässlich gewesen, und ist es auch heute noch: Deshalb ist das Zentrum, solange es nicht die absolute Macht hat, für die Demokratie, für den Föderalismus: hier herrscht jener Zustand des Gleichgewichts, in dem jeder den anderen in Schach hält, und der gerissene Schlaupkopf, ohne daß die anderen es merken, die Sähne abschöpft. In solcher Politik sind Herr Kaas und seine Kollegen Meister: Er hat ganz recht, schon Brüning hat das selbe begonnen wie Papen, aber Papen fällt mit seinen Taten bei der Arbeiterschaft unangenehm auf. Warum? Weil er ein Husar ist und Kaas ein Jesuit! Weil Kaas ein Wolf im Schafspelz und Papen seinen Pelz in der Garderobe abgeben hat. — Für die Arbeiterschaft sind beide Herren gleich viel wert!

Die alte Koalition: SPD und Zentrum.

Badisches Konkordat abgeschlossen.

Vor einigen Tagen ist im Kloster Hegne bei Konstanz das badische Konkordat unterzeichnet worden, über dessen Inhalt noch nichts bekannt ist. Drei Glaubensgenossen waren bei der Unterzeichnung zugegen: Kardinalstaatssekretär Pacelli aus Rom, der badische Unterrichtsminister Baumgartner und der Erzbischof von Freiburg. Das unterzeichnete Dokument gilt als Vorlage an den badischen Landtag. Die Landtagsverhandlungen sollen erst nach den Reichstagswahlen stattfinden. Es heißt, daß der Entwurf von allen Mitgliedern der badischen Regierung (Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei) gebilligt wird. Da die öffentlichen Schulen Badens Simultanschulen sind, ist es eine der wichtigsten Fragen zum Konkordat, was mit dieser Simultanschule geschehen soll.

Int. Gewerkschaftsbund gegen Zollwettrüsten.

In Nr. 242 gaben wir unserem Bedauern Ausdruck, daß die deutschen Gewerkschaften es den interessierten Unternehmern überlassen, gegen die vom deutschen Reichsernährungsministerium ausgehenden handelspolitischen Abenteuer Front zu machen, und daß die kürzlich in Amsterdam über Fragen der Handelspolitik abgehaltene Konferenz von Arbeitervorstreitern in Deutschland fast keine Beachtung erfahren hat.

Vom Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) werden wir daraufhin an einen Aufsatz erinnert, der soeben in den Presseberichten des IGB erschienen ist. Wir bringen diesen Aufsatz nachstehend ungekürzt zum Abdruck. Denn wir begrüßen es, daß ein solcher Aufsatz vom IGB verbreitet wird; er kann zwar noch nicht unmittelbar eine Bresche in die Zollmauern, wohl aber vielleicht eine Brosche in das interessenlose Schweigen weiter Kreise der Arbeiterschaft in bezug auf Grundfragen der Handelspolitik legen.

Was wir an den in jenem Aufsatz vertretenen Parolen aussetzen haben, deuten wir am Schluß in Form einiger Fragen an und behalten uns vor, ausführlich darauf zurückzukommen.

Ein Schlachtfeld ohne Sieger.

Entgegen der in der Theorie — nicht zuletzt von so hoher Warte wie der letzten Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes — allseitig vertretenen Erkenntnis, daß die Fortsetzung des Krieges mit den Waffen der Handelspolitik zum Schaden

Staatsverträge zur Milderung des Zollkrieges.

Solche Gedankengänge hatten bereits — damals besonders als Abwehrmaßnahme gegen die Welle des Protektionismus in Mitteleuropa und gegen den sich schon deutlich ankündigenden Übergang Englands zum Protektionismus — im Dezember 1930 zum Abschluß der Konvention von Oslo geführt, durch die sich Belgien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen verpflichteten, die vom Völkerbund empfohlenen Prinzipien in die Praxis umzusetzen und dem handelspolitischen Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Die Welt horchte auf — und atmete auf, denn die Oslo-Staaten verpflichteten sich, die bestehenden Zölle nicht zu erhöhen und keine neuen Zölle einzuführen; nur in Ausnahmefällen sollten Finanzzölle erlaubt sein. Da die zunächst auf 6 Monate abgeschlossene Konvention, die am 20. Februar 1932 in Kraft getreten ist, von keiner Seite gekündigt wurde, verlängerte sie sich automatisch weiter und besteht heute noch. Praktische Bedeutung hat diese Konvention allerdings nicht erlangt, da sie lediglich negative Pflichten auferlegte, die zwar grundsätzlich sehr begrüßenswert waren, aber keine handelspolitische Neuorientierung bringen konnten.

Die Verschärfung des Handelskrieges durch die Währungs- und Kreditkrise,

der „neue“ Protektionismus mit Devisenkontrollen, Devisenkontingentierungen, Warenkontingenten und Lizenzen,

— der egoistische, durch nationale Belange statt sinnvolle Kooperation bestimmte Protektionismus der Großstaaten und das voranzuschende, aber viele optimistische Hoffnungen dennoch zerstörende Ergebnis der Empire-Konferenz von Ottawa hat dann die Kleinstaaten zur notwendigen und berechtigten erneuten Abwehr zusammengeführt.

In Ouchy vereinbarten am 18. Juni 1932 Belgien, Luxemburg und Holland eine neue Konvention, die in gewissem Sinne die Idee des Kampfes gegen den Protektionismus des Osloer Abkommens in die Praxis umzusetzen bestimmt ist. Die beiden Wirtschaftsgebiete (Belgien und Luxemburg sind durch Zollunion mit einander verbunden), die gleichgelagerte Austauschinteressen haben, verpflichteten sich im Prinzip, bei Inkraftsetzung der Konvention die am 18. Juni 1932 bestehenden Zölle gegenseitig sofort um 10 Prozent zu ermäßigen und sie jährlich um weitere 10 Prozent abzubauen, bis nach 5 Jahren die Zölle um die Hälfte ermäßigt sind. Die Zollsätze sollen dabei jedoch nicht unter 4 Prozent „ad valorem“ (vom Wert) bei Halbfabrikaten und 8 Prozent des Wertes bei Fertigfabrikaten gesenkt werden.

... und die Arbeiterschaft.

Diese mutige Abkehr vom Irrsinn des Zollwettrüstens ist von allen Seiten lebhaft begrüßt worden, nicht zuletzt von der Arbeiterschaft.

Man verrät kein Geheimnis, daß die Sozialisten vor allem in Belgien und Holland stark treibende Kräfte für das Zustandekommen dieser Konvention gewesen sind. Bereits im Juli 1931 in Wien anlässlich des Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hatten die Vertreter der Oslo-Staaten mit Ausnahme Norwegens und Luxemburgs Besprechungen nach dieser Richtung, — in einem Pressefeldzug unter belgischer Initiative wurde energisch weitergearbeitet. In Amsterdam Anfang Oktober 1932 konnten auf Grund ausgearbeiteter Berichte die Beratungen der Vertreter der Parteien und Gewerkschaften aus Belgien, Dänemark, Holland, Luxemburg und Schweden gemeinsam mit Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale dann offiziell fortgeführt und den Exekutiven der beiden Internationalen Bericht erstattet werden.

Eine Prüfung des Vertrages von Ouchy ergibt allerdings, daß der leitende Gedanke der Abwehr vom Protektionismus und das konstruktive Prinzip der Regionalabkommen, in denen man wichtige Vorstufen für die Organisation Gesamteuropas sehen muß, sich von dem ursprünglichen Ideal entfernt, das die Arbeiterschaft verwirklicht sehen will und das in die Tat umzusetzen sehr wohl eine Pionieraufgabe gerade der kleinen Staaten Europas sein könnte. Grundsätzlich verpflichteten sich die Ouchy-Staaten zum Beispiel, keinerlei Einfuhr- und Ausfuhrperrn oder Einschränkungen vorzunehmen, — andererseits ist aber die Möglichkeit der Kontingentierungspolitik offen gelassen, wenn durch besondere Umstände Gefahren für die Vertragstaaten drohen (Gefahr für Währungsstabilität, Dumpinggefahr). Eingeschränkt wird dieses Recht allerdings durch die Bestimmung, daß der Außenhandel durch solche Maßnahmen nicht unter den Stand „normaler“ Wirtschaftsjahre herabgedrückt werden soll. Gleichzeitig räumen sich die Vertragstaaten gegenseitig das unumschränkte, bedingungslose Meistbegünstigungsrecht ein; hier können sich auf Grund der völkerrechtlich unstrittenen Analogie der Meistbegünstigungsklausel eventuell noch Verwicklungen ergeben. Im Protokoll zu diesem Vertrag haben die Staaten sodann festgestellt, daß bestehende Finanzzölle von der Konvention nicht berührt werden und auch neue Finanzzölle eingeführt beziehungsweise bestehende erhöht werden können. Zur Beurteilung dieses Vorbehaltes ist es notwendig zu wissen, daß zum Beispiel Holland fast ausschließlich Finanzzölle in Höhe von rund

aller Völker ausgehen müsse, hat die Handelspolitik in der ganzen Welt unter dem Druck der sich immer mehr verschärfenden Krise nicht dazu geführt, die Völker zu gemeinsamer Krisenabwehr zusammenzuschließen, sondern im Gegenteil einen Kampf Aller gegen Alle entleert. Das Ergebnis war binnen weniger Jahre die Zertrümmerung der Weltwirtschaft mit der Folge, einer dem Zusammenbruch nahekommenen Schumpfung des Welthandels. Der Protektionismus in seiner ganzen Vielfältigkeit und Bunteckigkeit feierte Triumphe, die Absperrung vom Weltmarkt — als fehlerhafte Verteidigungsmaßnahme irgendwo begonnen — führte bald zum offenen Handelskrieg. Europa insbesondere wurde nicht nur zum politischen Krisenherd erster Ordnung, sondern auch zum Aktionsfeld für Autarkiebestrebungen und

Europa bot bald den Anblick eines handelspolitischen Schlachtfeldes, auf dem es — nur Besiegte gab.

Steigende Arbeitslosenziffern waren ein unerträgliches Merkmal der dauernd steigenden Not! Nachdem Großbritannien 1931 mit der Abkehr vom Goldstandard als letzte Großmacht auch das Freihandelsprinzip preisgegeben hatte, gerieten insbesondere die „kleinen Staaten“, die sich zum Teil in währungspolitischer Abhängigkeit zum Pfund Sterling befanden, in immer größere Bedrängnis. Ihre noch weitaus am stärksten freihändlerisch orientierte Handelspolitik stand auf verlorenem Posten, der Protektionismus der Großmächte mußte sie erdrücken, wenn sich nicht Möglichkeiten und Wege fanden, durch enge Kooperation unter dem Gesichtspunkt der Solidarität eine größere Wirtschaftsmacht zu formieren.

10 Prozent erhebt, die also von der Konvention nicht berührt werden, — und daß im holländischen Parlament eine Regierungsvorlage eingebracht ist, nach der die bestehenden Finanzzölle ab 1. Januar 1933 um 30 Prozent erhöht werden sollen! Belgien-Luxemburg ihrerseits unterzeichneten dieses Protokoll mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß sie für sich das Recht in Anspruch nahmen, in der Zeit vom Abschluß des Vertrages bis zu seiner Inkraftsetzung Finanzzölle einzuführen.

Seit dem 18. Juni 1932 entwickelte sich nun die ökonomische Situation in einer Richtung, die vielleicht die Ouchy-Staaten zu Maßnahmen verleiten wird, die im Gegensatz zu dem Grundsatz von Ouchy stehen.

Gegen eine Mißkreditierung des Gedankens von Ouchy wird und muß sich die Arbeiterschaft zur Wehr setzen.

Unbestreitbar ist es richtig, daß die Ausdehnung der Konvention durch den Beitritt anderer Kleinstaaten ihr mehr Gewicht und größere Bedeutung geben wird, — sie würde damit auch mehr Widerstandskraft erhalten können gegen die Verfälschungen des Prinzips, derer die bürgerlichen Regierungen von Belgien und Holland sich schuldig zu machen im Begriff sind. Gerade deshalb ist es sehr erfreulich, daß der Beitritt zur Konvention jedem Staate offen steht, wobei dritte Staaten bereits ohne direkte Unterzeichnung des Vertrages in den Genuß seiner Vergünstigungen kommen, sofern sie sich praktisch an seine Bestimmungen halten.

Die wirtschaftliche, durch die jüngste Währungs- und Kreditkrise außerordentlich verschärfte Notlage, die die friedliebenden Kleinstaaten zur Abwehr zwingt und es ihnen verleiht, ihren aufrichtigen, eindeutigen Abrüstungswillen auf militärischem Gebiet durch die handelspolitische Abrüstung zu ergänzen, stellt uns die Frage, ob Ouchy ausreicht, die Klein-

staaten vor der Uebermacht der großen Protektionisten zu schützen. Die Arbeiterklasse, die in allen Ländern in den letzten Monaten und Jahren mit verhaltenem Ingrimm protektionistische Maßnahmen dulden mußte, wenn sie nicht die eigenen Klassengenossen noch stärker den Gefahren der Arbeitslosigkeit und größerem Elend preisgeben wollte, muß sich dafür einsetzen, daß aus der Krise die Kräfte geboren werden, die eine konstruktive Neugestaltung der Weltwirtschaft und insbesondere Europas ermöglichen. Ouchy ist sicherlich ein Anfang dazu, — die Arbeiterklasse muß aber darüber hinaus unbeirrbar das Ziel verfolgen, die Abwehr gegen den Protektionismus zur Organisierung großer, tragfähiger Wirtschaftsgebiete zu benutzen und die sozialistische Idee mit der konstruktiven Idee der internationalen Planwirtschaft verbinden.

Die Wiederherstellung des Freihandels ist unmöglich und auch kein sozialistisches Ideal, — der Kampf gegen den Protektionismus muß also geführt werden nicht für die Erhaltung von Freihandelstrümmern, sondern für die Neuorganisation des Güteraustausches unter den Völkern. Präferenz- und Regionalabkommen können eine wichtige Etappe für die Erreichung dieses Zieles werden, — Wirtschaftsunionen werden vielleicht die Vorstufe sein, aus der das gesante Europa entsteht. Wichtig ist es aber, klar zu erkennen, daß auch gerade den Kleinstaaten größere Aufgaben mitgestellt sind, als der Vertrag von Ouchy sie zu lösen verspricht, — daß Ouchy nur eine Etappe ist.

Der Ausweg aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus wird nur gefunden werden, wenn es gelingt, im Kampfe gegen den Protektionismus und mit der Abkehr von diesem mörderischen Prinzip diejenigen schöpferischen Kräfte auszulösen, die Europa neu organisieren.

Hier liegt die Aufgabe und das Ziel der Arbeiterklasse. Diese Aufgabe muß auch die lebendige Kraft sein, die Ouchy über seine heutige Zielsetzung hinaus zum Instrument der planwirtschaftlichen Aufbauarbeit für Europa macht.

Einige Fragen als Schlußwort.

Soweit der vom Internationalen Gewerkschaftsbund verbreitete Text.

„Mußte die Arbeiterklasse wirklich „mit verhaltenem Ingrimm protektionistische Maßnahmen dulden“ im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Eine konkrete Frage: Mußten die Reichstagsabgeordneten der SPD aus diesem Grund — alle guten Vorkriegstraditionen vorgessend — im Reichstag für die Erhöhung der Getreidezölle bis auf phantastische Sätze ihre Stimme geben?“

Warum soll nun eine konstruktive Idee der internationalen Planwirtschaft konstruiert werden? — Warum ist die Wiederherstellung des Freihandels unmöglich? Seine Wiederherstellung ist allerdings deshalb unmöglich, weil er noch nie international bestanden hat! Doch abgesehen davon: Wenn auch wahrscheinlich Kapitalisten ihn nicht herstellen werden, eben um den Zusammenbruch des Kapitalismus zu verhindern, so könnten das doch Sozialisten tun. Und was spricht eigentlich dagegen, das eigene Interesse der Menschen dafür sorgen zu lassen, daß alle Güter in dem Land, an dem Ort, zu dem sie am besten produziert werden können, produziert werden? Sollte nicht gerade das die auch vom IGB gesuchte beste Methode zur „Neuorganisation des Güteraustausches unter den Völkern“ sein? Kann man nicht gerade so die „schöpferischen Kräfte auslösen, die Europa neu organisieren“? Rpt.

Bauern gegen Kontingente.

Als Gegenstück zum vorstehenden Aufsatz geben wir unsern Lesern — ebenfalls ungekürzt und ebenfalls unter Anfügung einiger Fragen — eine am 15. Oktober von der „Deutschen Bauernschaft“ gefaßte Entschliebung, deren Hauptinhalt wir durchaus zustimmen.

„Die Lage des Bauerntums hat sich im abgelaufenen Jahre weiter verschlechtert. Während infolge der besonderen Fürsorge der Regierung für die am Getreideverkauf interessierte Landwirtschaft auf diesem Gebiete bis zur neuen Ernte eine verhältnismäßig befriedigende Preisentwicklung zu verzeichnen war, weisen die Getreidepreise jetzt einen zunehmend ungünstigeren Stand auf.

Die von der Regierung in Angriff genommenen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft werden größtenteils wirkungslos bleiben.

Die Deutsche Bauernschaft bejaht grundsätzlich die Kontingentierung als Instrument der deutschen Handelspolitik. Führt aber die Reichsregierung in diesen Notzeiten die Kontingentierung in der Weise durch, daß Deutschland letzten Endes an allen Fronten in Handelskriege verwickelt wird, so werden die Preise für landwirtschaftliche Produkte infolge der Schwächung der inneren Kaufkraft noch weiter absinken.

Autarkie lehnt die Deutsche Bauernschaft grundsätzlich ab, weil die Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik zur geschlossenen Binnenwirtschaft eine furchtbare Verarmung aller Stände und insbesondere auch des Bauernstandes herbeiführen würde.

Die Zinsherabsetzung auf dem Gebiete des Realkredits kommt der Masse des Bauerntums nur im geringen Umfange zu gute, weil Landschaften- und Hypothekarkreditinstitute kleinere Hypotheken an bäuerliche Betriebe nicht in nennenswertem Umfange gegeben haben. Die für den Bauern wichtigere Senkung der Personalkreditzinsen steht immer noch aus.

Die Durchführung der Osthilfe erschöpft sich vielfach in der Stützung von nicht mehr sanierungswürdigen Großbetrieben. Demgegenüber fordert die Bauernschaft immer wieder allgemein wirkende Lastensenkung und produktive Hilfsmaßnahmen.

Wesentlich für die Gesundung der deutschen Landwirtschaft ist eine großzügig durchgeführte bäuerliche Besitzbefestigung, auf Grund deren alle sanierungswürdigen Betriebe, die zur Erhaltung des Besitzes staatliche Stützung brauchen, durch Eintragung einer Verschuldungsgrenze für die Zukunft vor Ueberschuldung geschützt werden.

In Anbetracht der geschwächten Kaufkraft der Konsumenten ist die sofortige Senkung der überhöhten Produktionskosten für die Landwirtschaft von überragender Bedeutung.

Die für die Landwirtschaft besonders drückende Schlachtsteuer muß beseitigt werden. Die Umsatzsteuer für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte muß mindestens auf den für Getreide und Getreideerzeugnisse geltenden Satz gesenkt werden, also von 2 auf 0,85 Prozent. Ferner ist die Umsatzsteuerfreigrenze wieder einzuführen.

Zur Minderung der Arbeitslosigkeit in ländlichen Bezirken ist die stärkere Durchführung der Neu- und Anliegerriedlung notwendig.

Darüber hinaus erwartet die Deutsche Bauernschaft, daß die nach den Verlautbarungen der Reichsregierung beabsichtigte verstärkte Förderung der Riedlung energisch in Angriff genommen wird.

Der Kündigungsschutz bei Nichtzahlen der Pacht aus wirtschaftlichem Unvermögen muß zwingendes Recht werden.

Die Deutsche Bauernschaft hält an der selbstverantwortlichen Mitarbeit des Bauerntums in Politik und Wirtschaft unbedingt fest und sie setzt sich gegen jegliche Bestrebungen, die auf eine Entrechtung der Massen des Bauernstandes hinauslaufen, mit aller Entschiedenheit zur Wehr.

Die Deutsche Bauernschaft steht im Bauerntum nicht nur den Ernährern des deutschen Volkes, sondern auch eine Urquelle sittlicher und religiöser Kräfte, von denen jede wahre Erneuerung der Volkskultur und Volksgemeinschaft getragen sein muß. Da aber infolge der ungeheuren materiellen Not die seelische Widerstandskraft des deutschen Bauerntums zu erlahmen beginnt, ist es Pflicht der Regierung, den Verfall des Bauerntums mit allen Mitteln anzuhalten.

Zunächst zwei Nebenfragen:

Warum werden unter der Ueberschrift „Überhöhte Produktionskosten“ die Kartellpreise nicht ausdrücklich mit aller Schärfe angegriffen?

„Kündigungsschutz bei Nichtzahlen der Pacht aus wirtschaftlichem Unvermögen“ soll zwingendes Recht werden? Das läßt sich ohne genauere Nennung der Gründe nicht einsehen und kann leicht zu Mißbrauch führen. Warum nicht weitergehen und für Bauernbetriebe die allmähliche Umwandlung der Pacht in Eigentum verlangen?

Nun zur Handelspolitik: Warum bejaht die „Deutsche Bauernschaft“ eigentlich grundsätzlich die Kontingentierung? „In diesen Notzeiten“ warnt sie ja geradezu vor Anwendung dieses Mittels. Wenn aber keine Notzeit ist, warum dann Kontingente? Was soll also die grundsätzliche Bejahung?

Wann setzen sich Vertreter von Arbeiter- und Bauernorganisationen zur Behandlung von Fragen der Handelspolitik an einen Tisch, um dann gemeinsam aufzutreten, statt wie bisher die Vertretung ihrer Interessen Teilen der verarbeitenden Industrie und des Handels zu überlassen? Rpt.